

Francesco Benini

Was verlangt die Volksinitiative «200 Franken sind genug»?

Die Medienabgabe soll innerhalb von 18 Monaten von derzeit 335 auf 200 Franken reduziert werden. Ausserdem sollen alle Unternehmen in der Schweiz von der Abgabe befreit werden. Gegenwärtig müssen Betriebe, deren Jahresumsatz mehr als eine halbe Million Franken beträgt, die Abgabe leisten.

Wie begründen die Initianten ihre Forderung?

Die Mitglieder des Ja-Komitees betonen, dass die Medienabgabe in der Schweiz so hoch sei wie in keinem anderen Land. Die Initianten aus der SVP, den Jungfreisinnigen und dem Gewerbeverband halten fest, dass die SRG zu stark gewachsen sei und sich auf ihren «Kernauftrag» beschränken solle – nämlich eine gleichwertige Information in allen Regionen des Landes. Die Sparten Unterhaltung und Sport könnten zu einem beträchtlichen Teil privaten Anbietern überlassen werden. Unterstützer verweisen auch darauf, dass die junge Generation weniger SRG-Medien konsumiere als die ältere. Darum sei eine hohe Medienabgabe nicht angezeigt. Schliesslich werfen Initianten der SRG eine politische Schlagseite in ihrer Berichterstattung vor. Die Linkstendenz könne abgeschwächt werden, wenn die SRG weniger Geld bekomme.

Warum spricht man von der «Halbierungsinitiative»?

Nach einer Annahme der Vorlage würde die Medienabgabe nicht halbiert, sondern um 40 Prozent gesenkt. Da aber auch die Beiträge der Unternehmen wegfielen, müsste die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft künftig mit der Hälfte ihres bisherigen Budgets aus-

Wie schlimm wäre ein Ja am 8. März für die SRG?

Das sind die relevanten Fragen zur Halbierungsinitiative. Im Zentrum steht, wie viel die Schweizer Haushalte künftig für das öffentliche Radio und Fernsehen zahlen.



Ein freiberuflicher Kameramann der SRG filmt eine Pressekonferenz an den Solothurner Filmtagen.

Bild: Anthony Anex/Keystone

kommen: rund 800 Millionen statt 1,6 Milliarden pro Jahr.

Was sagen die Gegner der Vorlage?

Ein überparteiliches Komitee wehrt sich gegen eine Schwächung der SRG. Verlässliche Informationen seien gerade in politisch instabilen Zeiten unabdingbar. In den sozialen Medien breiteten sich Fake News aus. Die SRG stehe hingegen für ge-

prüfte Fakten. In einer halbdirekten Demokratie mit vielen Volksabstimmungen trage der Rundfunk zur politischen Meinungsbildung bei. Sinke die Medienabgabe auf 200 Franken, drohe eine mediale Vernachlässigung von Randregionen. Die SRG unterstütze kulturelle Produktionen; dieses Engagement wäre nach einem Ja zur Vorlage gefährdet. Mit einer kleineren SRG könnte ausserdem die

Übertragung grosser Sportveranstaltungen zu Sendern verschoben werden, die dafür Geld verlangten. Das Nein-Komitee betont, dass die Medienabgabe in der Schweiz höher sei als in anderen Ländern, weil die SRG in vier Sprachen Programme anbiete, nicht nur in einer.

Was meint der Bundesrat?

Die Landesregierung findet, dass die 200-Franken-Initiative

zu weit geht. Der Bundesrat hat auf dem Verordnungsweg ein Gegenprojekt beschlossen: Die Medienabgabe sinkt 2027 auf 312 und ab dem Jahr 2029 auf 300 Franken. Ausserdem sollen 80 Prozent aller Unternehmen in der Schweiz von der Abgabe befreit werden. Der Bundesrat betont, dass die SRG mit dieser Massnahme ihr Budget um 17 Prozent reduziere. Das sei eine erhebliche Einsparung.

Wie würde sich eine Annahme der 200-Franken-Initiative konkret auswirken?

Konkrete Angaben dazu gibt es wenige. Die SRG spricht von tiefen Einschnitten im Angebot – und zwar in allen Sparten: Information, Kultur, Unterhaltung, Sport. Die Initianten finden hingegen, dass gerade in der Unterhaltung viele Programme ohne Verlust gestrichen werden könnten. Ausserdem schaffe eine effizientere Organisation Sparpotenzial. Medienminister Albert Rösti (SVP) erklärt, dass ein Ja am 8. März 6000 Stellen akut gefährde: 3000 bei der SRG und 3000 bei ihren Zulieferern. In der Deutschschweiz werde sich die SRG auf einen Standort in Zürich beschränken müssen. Die regionalen SRG-Studios in den Regionen seien nicht mehr finanzierbar.

Was besagen die Meinungsumfragen?

Die Befürworter und Gegner der Vorlage liegen nahezu gleichauf. Es fällt auf, dass die SRG in der Westschweiz an Unterstützung verloren hat. Die Romandie wies 2018 die No-Billag-Vorlage noch deutlicher ab als die Deutschschweiz. Nun gibt es zwischen den Sprachregionen keinen markanten Unterschied in den Haltungen zur 200-Franken-Vorlage.

Wie legen sich die Parteien fest?

Die SVP ist dafür. SP, Mitte, Grüne und Grünliberale sind dagegen – und bei der FDP weiss man es noch nicht. Die freisinnigen Delegierten entscheiden am kommenden Samstag über die Parole. Eine Mehrheit der kantonalen FDP-Sektionen empfiehlt ein Nein zur Vorlage. Ausnahmen sind die Kantonalparteien von St. Gallen und Schwyz, die für eine Gebührensenkung auf 200 Franken sind. Die FDP Basel-Stadt beschloss Stimmfreigabe.